

## **Bericht**

### **des Haushaltsausschusses (8. Ausschuß) gemäß § 96 der Geschäftsordnung**

**zu dem von der Bundesregierung eingebrachten**

#### **Entwurf eines Paßgesetzes (PaßG) — Drucksachen 10/3303, 10/5059 —**

#### **Bericht der Abgeordneten Gerster (Mainz), Kühbacher und Frau Seiler-Albring**

Der Gesetzentwurf sieht eine Neufassung des Paßgesetzes vor, das sich auf eine Vereinbarung der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften in einer Entschließung der im Rat vereinigten Vertreter der Regierungen vom 23. Juni 1981 und in einer ergänzenden Entschließung vom 30. Juni 1982 gründet. Danach wollen die Regierungen bemüht sein, einen Paß nach einheitlichem Muster in den Mitgliedstaaten der EG einzuführen. Auf die Beschlußempfehlung dazu des federführenden Innenausschusses wird Bezug genommen.

Den Bundesländern entstehen durch die Ausführungen dieses Gesetzes jährlich Personal- und Sachkosten in einer geschtzten Höhe von 108 000 000 DM.

Diesen Ausgaben stehen Einnahmen gegenüber. Die Höhe der Gebühreneinnahmen kann derzeit nicht angegeben werden, weil diese von einer durch den Bundesminister des Innern zu erlassenden Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundesrates bedarf, abhängt. Nach der geltenden Rechtsverordnung wären die Einnahmen in Höhe von 29 000 000 DM gegenzurechnen.

Das gleiche gilt für die auf den Bundeshaushalt zukommenden geschtzten jährlichen Kosten von

3 750 000 DM, denen ebenfalls Gebühreneinnahmen nach dem bisherigen Recht in Höhe von jährlich ca. 1 000 000 DM gegenüberstehen.

Für die Beschaffung von voraussichtlich 400 Lesegegerten, die mit der Einführung des neuen Passes und des neuen Personalausweises benötigt werden, entstehen Kosten in Höhe von 6 000 000 bis 8 000 000 DM.

Im Bundeshaushalt sind bei Kapitel 05 03 in dem Titel 511 01 für das Haushaltsjahr 1986 2 500 000 DM vorgesehen, die allerdings gesperrt sind. Für die Folgejahre sind Ausgabemittel in der Finanzplanung des Bundes berücksichtigt. Der Gesetzentwurf soll nach der Beschlußfassung im federführenden Aussch erst zum 1. Januar 1988 in Kraft treten. Damit werden die für 1986 vorgesehenen und gesperrten Mittel nicht abfließen. Sie werden deshalb bei der Beratung des Bundeshaushalts 1988 neu veranschlagt werden.

Der Gesetzentwurf ist mit der Haushaltslage des Bundes vereinbar und beruht auf der vom federführenden Innenaussch vorgeschlagenen Gesetzesfassung.

Bonn, den 26. Februar 1986

#### **Der Haushaltsaussch**

|                |                        |                  |                            |
|----------------|------------------------|------------------|----------------------------|
| <b>Walther</b> | <b>Gerster (Mainz)</b> | <b>Kühbacher</b> | <b>Frau Seiler-Albring</b> |
| Vorsitzender   | Berichterstatter       |                  |                            |

